

AG Bildung und Forschung

09.02.2010

Haushalt Bildung und Forschung: Mehr BAföG und Studienpakt für gute Lehre statt Privatisierung von Bildungschancen

Mit insgesamt 23 Änderungsanträgen hat die SPD-Bundestagsfraktion für den diesjährigen Haushalt ein deutliches Zeichen für einen überzeugenden sozialdemokratischen Gegenentwurf zu den Koalitionsvorstellungen gesetzt. Diese bleiben größtenteils unverbindlich und weisen auch in den wenigen konkreten Projekten in die völlig falsche Richtung: weniger Chancengleichheit, weniger klare Förderansprüche, naive Leistungsideologie sowie fehlende Mittelstandsorientierung und gesellschaftliche Rückkopplung in der Forschungsförderung.

Die Kernpunkte des sozialdemokratischen Gegenentwurfs zum Etat 2010 sind insbesondere:

- Erhöhung des BAföG: Die SPD hat eine Steigerung des BAföG beantragt und dabei den Schwerpunkt auf die Ausweitung gesetzt. Die Steigerung der Freibeträge um 10 Prozent hat zum Ziel, zusätzliche Förderansprüche für mindestens 100.000 junge Menschen zu schaffen. Zudem sollen die Bedarfssätze um 3 Prozent angehoben werden. Dafür sind für 2010 zusätzlich 80 Mio. Euro vorzusehen. Das Büchergeld der Begabtenförderwerke soll parallel ebenfalls moderat von 80 auf etwa 120 Euro erhöht werden.
- Pakt für Studienqualität und gute Lehre: Die Bildungsproteste haben den Reformbedarf in der Hochschullehre und in der Bologna-Umsetzung klar gezeigt. Die SPD schlägt hier in sinnvoller Ergänzung zur Exzellenzinitiative und zum Hochschulpakt 2020 einen Studienpakt auf Grundlage Art. 91b GG vor. Ziel ist es den Personalausbau zu beschleunigen um die Betreuungsrelationen deutlich zu verbessern. Zudem sollen ein breiter Wettbewerb für gute Lehre gestartet und die sozialen Infrastrukturen und Studienbedingungen an den Standorten deutlich verbessert werden. Dafür sind mindestens eine Mrd. Euro im Jahr zusätzlich notwendig. Für den Bund hat die SPD-Bundestagsfraktion zur Anfinanzierung 200 Mio. Euro für 2010 beantragt.
- Ausbildungsschirm: Die Finanz- und Wirtschaftskrise kann dazu führen, dass Unternehmen die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen oder die Übernahme der Auszubildenden zurückfahren und so einen erfolgreichen Start ins Berufsleben erschweren. Der Bund muss hier mit einem steuerfinanzierten Ausbildungsschirm die Voraussetzungen dafür schaffen, im Bedarfsfall den Auszubildenden beispringen zu können und so etwa nach dem DGB-Modell befristet eine Brücke in Beschäftigung zu schaffen. Hierfür sieht die SPD für 2010 knapp 40 Mio. Euro vor.
- Stärkung der kommunalen Bildungsinstitutionen: Mit knapp 60 Mio. Euro in 2010 will die SPD-Bundestagsfraktion die kommunalen Bildungsinstitutionen stärken. Damit soll die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals an Kitas und Schulen gefördert sowie der Einstieg in den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit, zunächst an Ganztageseschulen, vorangebracht werden. Das ist der Weg, Bildungschancen direkt zu verbessern statt im nachhinein Defizite über private Nachhilfe zu reparieren.

Besser gute Kitas und starke Schulen statt mehr Nachhilfe. Für beide Ziele sind entsprechende Vereinbarungen mit den Ländern zügig auf den Weg zu bringen.

- Friedensforschung ausbauen: Der gesellschaftliche Bedarf an Expertise zu Konfliktursachen und -dynamiken steigt stetig an. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung soll mit dem von der SPD beantragten verlässlichen Aufwachsen ihres Stiftungskapitals von 20 Mio. Euro in vier Jahren in die Lage versetzt werden, diesen Bedarf angemessen zu bedienen und in allen ihr zugewiesenen Aufgabenbereichen, von der Projekt- bis zur Nachwuchsförderung, hinreichend bearbeiten zu können.
- Forschung an Fachhochschulen stärken: Die Fachhochschulen sind oft der erste Ansprechpartner für forschende kleine und mittlere Unternehmen. Mit zusätzlichen 10 Mio. Euro für 2010 will die SPD diese anwendungsnahe Forschungsaktivitäten nachhaltig stärken.
- Wirtschaft an atomaren Altlasten beteiligen: Der Forschungsetat wird bisher mit rund 3 Mrd. Euro über Jahrzehnte für den Rückbau kerntechnischer Versuchsanlagen belastet. Dies mit steigender Tendenz, denn nicht ein Projekt ist bisher im Kosten- und Zeitrahmen geblieben. Weitere Kostensteigerungen sind auch für das laufende Jahr angekündigt. Daher sind die Energieunternehmen etwa über die diskutierte Brennelementesteuer an den Kosten dieser Projekte wie auch etwa an der Sanierung der Asse stärker zu beteiligen. Die frei werdenden Mittel sind sinnvoller für die Forschungs- und Innovationsförderung zu verwenden.

Mit der SPD ist daher nicht zu machen:

- Wir wollen kein bürokratisches und naives nationales Stipendienprogramm, wie es derzeit von der Koalition vorgeschlagen ist. Wir wollen eine strukturierte Verbesserung des BAföG.
- Wir wollen keine Subventionierung privater Bildungsanbieter über Bildungsschecks, die zudem völlig an den kommunalen Bildungsinstitutionen vorbeigeht. Wir wollen vielmehr starke und leistungsfähige öffentliche Bildungsinstitutionen.
- Wir wollen keinen Einstieg in ein Bildungssparen, weil es so, wie es derzeit diskutiert wird, die künftigen Bildungschancen von der wirtschaftlichen Leistungskraft des Elternhauses abhängig macht und somit der Privatisierung Vorschub leistet. Wir wollen statt dessen klare Rechtsansprüche auf Bildung in allen Lebens- und Lernphasen.
- Wir wollen keinen Wildwuchs an Berufsorientierungsmaßnahmen etwa über zusätzliche außerschulische private Kooperationen. Wir wollen vielmehr Transparenz erhalten und den Ausbau erfolgreicher Ansätze fortsetzen.
- Wir wollen keine zerplitterte modulare Ausbildungslandschaft etwa am Übergang von Schule und Ausbildung. Wir wollen statt dieser Experimente besser einen konkreten und wirksamen Ausbildungs- und Beschäftigungsschirm für Ausbildung in der Wirtschaftskrise.
- Wir wollen keinen diffus gebliebenen „Qualitätspakt“ oder „Bologna-Mobilitätspaket“, wo die Koalition bisher nicht ein konkretes Projekt benennen konnte. Statt dessen wollen wir einen klaren und verlässlichen Studienpakt von Bund und Ländern.